



Interviews

Datum: 1. Juli 2024

Michael Link, FDP, Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Die Demokraten entsetzt, die großen Geldgeber nervös und der US-Präsident selbst. Fast scheint es in Washington gerade, als glaube nur noch einer an die Wiederwahl von Joe Biden - und das ist Joe Biden. Der 81-Jährige und der 79-jährige Donald Trump, führten in der TV-Debatte vor wenigen Tagen vor, dass die USA derzeit schlechte Karten haben: Ein notorischer Lügner tritt an gegen einen überforderten Greis. So oder so wird sich im transatlantischen Verhältnis einiges ändern nach dem 5. November und wir können darüber jetzt sprechen mit Michael Link, Politiker der FDP und als Transatlantischer Koordinator zuständig für die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Einen schönen guten Morgen, Herr Link.

Michael Link: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Fällt Ihnen irgendein Zeitpunkt ein, an dem es in diesem Wahlkampf schon mal schlechter aussah für Joe Biden?

Link: Natürlich sind nach diesem verpatzten Abend jetzt alle alarmiert. Das ist in einem Wahlkampf ... kommt das vor. Aber in der Tat, das war wirklich, so muss man es auch bezeichnen, ein schlechter Abend. Jetzt kommt es aber darauf an, ob da noch was folgt, ob ähnliche Auftritte folgen, ob es überhaupt ein zweites Duell gibt. Und vor allem der Parteitag der Demokraten steht ja bevor, Mitte/Ende August. Bis dahin wird es sicherlich auch weiterhin Debatten geben.

Schmidt-Mattern: Bleiben wir noch mal einen Moment, Herr Link, bei der Analyse dieses TV-Duells oder dieser Debatte. Wie gut lässt sich eigentlich mit einem Lügner debattieren? Die New York Times hat, wenn wir uns darauf beziehen, 26 Lügen in diesem TV-Duell gezählt auf Seiten Donald Trumps.

Link: Das ist natürlich, wenn man so tickt wie Trump, der ja, wie gesagt, jede Situation sich so zurechtbiegt, wie er sie braucht, wenn er sozusagen freie Behauptungen aufstellt, mit Verleumdungen arbeitet und in der Tat eben auch Unwahrheit an Unwahrheit reiht, ist es natürlich schwer, denn er geht ja nicht auf Fragen ein. Dennoch, rhetorisch sind es natürlich Gelegenheiten, die man nutzen muss. Und da hatte Präsident Biden einen schlechten Abend. Umso mehr muss man, glaube ich, aber eben auch die gesamte Amtszeit Bidens sehen, was er gemacht hat. Er hat in vielem sehr, sehr viel mehr gesetzgeberisch zustande gebracht als Obama. Also man darf, so schwierig dieser Abend war und so ernst die Lage ist, jetzt das auch nicht auf diesen Abend nur verkürzen, sondern man muss die gesamte Zeit sehen. Und da kann es durchaus sein, dass diese Scharte ausgewetzt wird, aber das wird schwer.

Schmidt-Mattern: Das ist ja auch so ein bisschen die Lesart des Ehepaars im Weißen Haus, von Jill und Joe Biden. Die Ehefrau des Präsidenten hat an diesem Wochenende gesagt, diese TV-Debatte kann nicht ersetzen die vielen Jahre, in denen der Präsident gute Arbeit geleistet hat. Kann man mit solchen Ansichten die Wähler überzeugen? Müsste man nicht mehr in die Zukunft blicken, anstatt in die Vergangenheit?

Link: Dass die Familie hinter ihm steht, das ist, glaube ich, normal. Und er hat eine Familie, die ihn super unterstützt. Ich glaube, die Frage muss man insgesamt an die Demokratische Partei stellen. Für die Demokraten war es natürlich relativ bequem zu sagen, jawohl, wenn Trump wieder antritt, wir haben da einen, der schon mal gegen ihn gewonnen hat, den nehmen wir wieder. Man darf auch nicht vergessen, den Amtsinhaber zu nehmen, hat erleichtert, dass sich die Demokraten eben nicht die Frage stellen mussten, was wollen wir eigentlich. Die Demokraten sind eine Partei mit vielen Flügeln, mit vielen Gruppen. Und da war es für alle Beteiligten das Bequemste, den Amtsinhaber zu nehmen. Und das wird jetzt eine große Herausforderung, die Basis der Demokraten so zu mobilisieren, dass sie dem Ernst der Lage gerecht werden, denn Trump auf der anderen Seite hat deutlich gezeigt, er wird mit absoluter Rücksichtslosigkeit und Bereitschaft zur Polarisierung alles tun, um diese Wahl zu gewinnen.

Schmidt-Mattern: Mit anderen Worten, war es von Anfang an ein Fehler, dass sich die Demokraten, dass Joe Biden sich entschieden hat, noch einmal anzutreten und dass seine Partei ihn da nicht gebremst hat?

Link: Nein, kein Fehler, aber es reicht halt eben nicht, der Anti-Trump zu sein, so, wie bei der letzten Wahl. Sondern es müssen dazu eben auch noch inhaltliche Punkte kommen. Punkte kommen, wo die Demokraten Antworten haben auf das, was offensichtlich viele Amerikaner bewegt, im Bereich der Migration, im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des gefühlten Mitgenommenwerdens. Denn Trump tut ja immer so, als ob er der Anti-Establishment-Kandidat sei. Und damit kommt er erstaunlich gut durch, obwohl die eigentlichen Wirtschaftszahlen in den USA ja gar nicht schlecht sind. Also, es geht um Botschaften. Und da müssen die Demokraten mehr liefern, als nur Trump verhindern zu wollen.

Schmidt-Mattern: Andererseits, Herr Link, haben Sie jetzt im Tagesspiegel nach der TV-Debatte gesagt, Sie würden einen Rückzug von Joe Biden noch für denkbar halten. Stehen Sie immer noch zu dieser Einschätzung und woraus schließen Sie das?

Link: Es ist gut, dass Sie das ansprechen, denn das ganze Zitat, was ich gesagt habe, war: Wir sollten uns als deutsche Politiker zurückhalten, hier Ratschläge zu geben. Das steht uns einfach nicht zu. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass der Parteitag der Demokraten noch bevorsteht Mitte/Ende August. Und dort wird ja endgültig erst der Kandidat gewählt. Ich habe darauf hingewiesen auf das, was jetzt geschieht, nämlich eine interne Diskussion bei den Demokraten. Und wir sollten uns allerdings, finde ich, als deutsche Politik aus dieser Personalspekulation aus guten Gründen zurückhalten und raushalten.

Schmidt-Mattern: Kann sich das denn die Bundesregierung überhaupt leisten? Denn sie müssen doch so oder so, egal, wie es ausgeht am 05. November, sie müssen doch Masterpläne in der Schublade haben und sich dementsprechend auch auseinandersetzen, auch mit dem, was da vergangenen Donnerstag passiert ist.

Link: Ja, auf jeden Fall. Das ist ganz extrem wichtig. Daran arbeiten wir auch schon seit Längerem. Und wir müssen deshalb ganz klar sagen, dass unabhängig davon, wer gewinnt: Die USA bleibt unser wichtigster Verbündeter, politisch, militärisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, in vielen, vielen Bereichen. Auch die Austauschbeziehungen sind mit Abstand die breitesten, die wir haben. Und deshalb müssen wir mit beiden Seiten arbeiten, mit beiden Seiten zurechtkommen, auch, wenn es sicherlich

auch deutliche Unterschiede geben wird und auch, wenn es sich zum Beispiel jetzt bitter rächt, dass wir vor vielen Jahren damals das Freihandelsabkommen TTIP nicht gemacht haben. Denn in Abwesenheit eines solchen Abkommens sind die Beziehungen natürlich sehr viel anfälliger und krisenanfällig, wenn jemand – so wie Trump angekündigt hat – Strafzölle gegen europäische Waren einführen will.

Schmidt-Mattern: Was hat sich für die außenpolitische, für das transatlantische Verhältnis aus deutscher Sicht seit dem vergangenen Donnerstagabend, seit der TV-Debatte geändert?

Link: Geändert nicht, aber noch mal wichtiger geworden, dass wir intensivst daran arbeiten müssen, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Sie haben bei Trumps Antwort auf die NATO-Frage gemerkt, dass er weiterhin in der NATO so eine Art Sicherheitsfirma sieht. Die anderen bezahlen und er liefert. Das ist natürlich überhaupt nicht der Charakter der NATO. Wir haben den NATO-Gipfel, 75 Jahre. Die NATO ist eine politische und militärische Union, ein politisches und militärisches Bündnis, etwas völlig anderes, was Trump in seiner Welt überhaupt nicht versteht. Und deshalb, glaube ich, ist es so wichtig, dass wir jetzt daran arbeiten, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken, dass wir einig auftreten, uns nicht spalten lassen. Falls er wiedergewählt werden sollte, wird er das hauptsächlich versuchen, innerhalb der Verbündeten Unruhe zu schaffen und dann Allianzen nach seinem Geschmack zu bilden. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Aber wie gesagt, auch, wenn er wiedergewählt wird, die USA bleiben unser wichtigster Verbündeter. Und das ist die Herausforderung, an der wir arbeiten müssen.

Schmidt-Mattern: Nun hat Trump, sollte er denn wiedergewählt werden, gleich mehrere Druckmittel gegen Deutschland und Europa in der Hand. Sei es die Ukraine-Hilfe, sei es der schon einmal angedrohte Austritt aus der NATO. Sie sprechen es ja auch an. Oder auch die Drohungen mit einem neuen Handelskrieg. Können Sie uns ein bisschen konkreter sagen, was hat die Bundesregierung dem entgegenzusetzen? Welchen Hebel hat Deutschland?

Link: Einen ganz konkreten Hebel einfach, den man schlicht drücken könnte, den haben wir nicht, weil wir, wie gesagt, zum Beispiel kein Handelsabkommen haben,

was auch einen Präsident Trump binden würde, rechtlich binden würde. Dementsprechend müssen wir jetzt umso mehr daran arbeiten, dass wir wenigstens auf der europäischen Seite einig auftreten. Denn einig aufzutreten ist im Verhältnis mit einem Verhandlungspartner Trump, wenn er tatsächlich wiedergewählt würde, einer der Schlüssel dazu, dass man bei ihm Eindruck erwecken kann und etwas erreichen kann. Wir sollten also auch hier nicht jetzt jammern über Trump, sondern wir sollten daran arbeiten, dass wir die EU wettbewerbsfähiger machen, dass wir den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Zum Beispiel könnten wir – ganz konkretes Beispiel – mit Großbritannien das damals beim Brexit geschaltete Sicherheitsabkommen machen, also sehr viel enger mit den europäischen Nicht-EU-Mitgliedern der NATO zusammenarbeiten. Und das sind alles Mosaik-Steine, genauso wie engere Kontakte zu den Republikanern auf der Gouverneursebene, Senaterebene. Das sind Mosaiksteine, die wir benutzen können, um möglichst die Folgen einer Wiederwahl von Trump zu reduzieren. Aber eine Garantie gibt es nicht.

Schmidt-Mattern: Was ist Ihre größte Sorge mit Blick auf den 5. November?

Link: Die größte Sorge ist eben, was die Person Trump angeht, seine Unvorhersagbarkeit, das heißt seine Tendenz, sich mit anderen zusammenzusetzen. Er hat ja gesagt, im Duell auch wieder letzte Woche, er setzt sich mit Putin zusammen und wird bereits vor der Amtseinführung am 20. Januar das Thema Ukraine lösen – in seiner Vorstellung natürlich ohne Europäer am Tisch. Das geht nicht. Deshalb, wir müssen an unserer eigenen Stärke arbeiten, sonst werden wir das nicht hinkommen. Aber vergessen wir nicht, noch gibt es auch weitere Urteile. Heute verkündet der Supreme Court, ob seine Immunität bestehen bleibt. Wir sind gespannt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.